

23. April 2018 | Nr. 34/04/2018

Reich-Gutjahr: Zuwanderungsgesetz mit Punktesystem dringend nötig

Integrationserfolge nicht gefährden

Zur Initiative von 80 Unternehmen aus Baden-Württemberg, die gegenüber dem Innenminister gegen die Abschiebung von 2000 Flüchtlingen eintreten, die bei ihnen beschäftigt sind, sagt die wirtschaftspolitische Sprecherin der FDP/DVP Fraktion, **Gabriele Reich-Gutjahr**:

„Ein Zuwanderungsgesetz mit einem Punktesystem, wie wir Liberalen es schon jahrelang fordern, erscheint mit Blick auf den hiesigen Arbeitsmarkt dringend nötig, solange dem baden-württembergischen Handwerk 45.000 Fachkräfte fehlen. Aber auch die Entwicklung, dass immer mehr Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, zeigt, dass ein Umdenken überfällig ist. Die diffuse Furcht vor einer Zuwanderung in unser Sozialsystem, die der heutige Innenminister Seehofer in der Vergangenheit beschworen hat, zeugt von einer einseitigen Sichtweise. Die 2000 Flüchtlinge in Ausbildung bei den baden-württembergischen Unternehmen sind 2000 einzelne Integrationserfolge. Diese sollte man nicht leichtfertig durch Abschiebung gefährden, obwohl die Unternehmen diese Mitarbeiter nicht verlieren möchten.“